

# Meldungen

zusammengestellt von Ahmed Fazl

## Prozeß im Dezember

Der Prozeß gegen mehrere Armeeeoffiziere, die beschuldigt werden, 1975 den "Vater der Nation", Sheikh Mujibur Rahman umgebracht zu haben, wird voraussichtlich noch im Dezember eröffnet werden und zusammenfallen mit dem Silberjubiläum der Staatsgründung von 1971. Dies hat Mitte November das Parlament des Landes entschieden. Bei dem Attentat vor 21 Jahren kamen außer dem Präsidenten die meisten seiner Familienangehörigen ums Leben. Darunter seine Frau und drei Söhne. Die beiden Töchter, darunter die derzeitige Premierministerin Sheikh Hassina, entkamen dem Massaker, zu dem es nur vier Jahre nach der Abspaltung von Pakistan und der Gründung des neuen Staates Bangladesh kam, weil sie sich zum Zeitpunkt im Ausland aufhielten.

Das mit Hilfe der Armee im Anschluß an das Attentat installierte Regime verabschiedete am 26. September 1975 eine sog. "Indemnity Ordinance", die bis zur Machtergreifung durch Sheikh Hassina Mitte 1996 Bestand hatte und den Mördern Mujibur Rahmans und seiner Familienangehörigen bisher Schutz vor Verfolgung gewährte. Nachdem Sheikh Hasina die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, kam es zur Festnahme von vier mutmaßlichen Führern des Coups, acht weitere konnten ins Ausland flüchten, wo sie, Berichten zufolge, Asyl beantragt haben.

## Korruptionsvorwürfe gegen Khaleda Zia

Die Antikorruptionsbehörde hat Anschuldigungen gegen die frühere Premierministerin, Khaleda Zia, wegen Korruption und Machtmißbrauch erhoben. Wie aus dem 'Anti Corruption Bureau' Ende November verlautete, soll die Ex-Premierministerin Staatsgelder zur Renovierung und Ausstattung ihres Privathauses in Dhaka genutzt haben. "Wir haben die Ermittlungen abgeschlossen und zahlrei-

che Indizien für unsere Vermutungen gefunden", sagte ein Mitarbeiter der Behörde. Khaleda Zias Privatsekretär sowie weitere neun Personen wurden ebenfalls beschuldigt, sich an der Verschwendung öffentlicher Gelder beteiligt zu haben. Mittlerweile haben Politiker der jetzt oppositionellen 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) die Anschuldigungen zurückgewiesen und der Behörde vorgeworfen, falsche Behauptungen aufzustellen, um die ehemalige Premierministerin und jetzige Oppositionsführerin sowie die BNP politisch zu diskreditieren.

## Bangladesh sucht nach neuen Märkten für Migrationsarbeiter

Mehr als 61 Prozent der insgesamt 56 Millionen potentiellen Arbeitskräfte des Landes sind entweder ohne Arbeit oder unterbeschäftigt. Diese Zahlen wurden von einem lokalen Arbeitgeberverband in Dhaka genannt. Der 'Dhaka Metropolitan Chamber of Commerce and Industry', der die Umfrage durchführte,

nennt als Hauptgrund für die Misere die existierenden Arbeitsgesetze, die zum Nachteil der Arbeitgeber seien. In der Untersuchung wird ferner der jährliche Zuwachs der potentiellen Arbeitskräfte auf drei Prozent beziffert. Das Problem der Arbeitslosigkeit nehme bedrohlich zu und sei zur größten sozio-ökonomischen Herausforderung geworden.

Die staatliche Vermittlungsbehörde für Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland hat unterdessen vier neue Länder, Laos, Guam, Mauritius und Japan für den "Export" von Arbeitskräften genannt. Diese Länder sollten die rückläufigen Chancen in den Golfstaaten wettmachen, wo mehrere hunderttausend Bangladeshis arbeiten. Allein in Saudi-Arabien wird die Zahl der bangladeshischen Migrationsarbeiter auf 200.000 geschätzt. Auch in Bezug auf Malaysia, einem weiteren wichtigen Markt für den Export von Arbeitskräften, kommt es in jüngster Zeit zu Problemen, nachdem zahlreiche dort illegal arbeitenden Bangladeshis ausgewiesen wurden.



Tagelöhner warten auf Arbeit (Foto: Walter Keller)